



Ausschuss für Kommunalpolitik

123. Sitzung (öffentlich)

3. Juni 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:10 Uhr

Vorsitz: Stefan Kämmerling (SPD)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Die Anerkennung der Flüchtlingspolitik als gemeinsame Herausforderung von Bund, Ländern und Kommunen entlässt die Landesregierung nicht aus ihrer Verantwortung** **5**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8639

In Verbindung damit:

Sozialverträgliche Integration und gerechte Verteilung von anerkannten Asylbewerbern durch das Instrument der Wohnsitzauflage unterstützen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/10792

Ausschussprotokoll 16/1223

Der **Ausschuss lehnt** den **Antrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 16/8639** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion **ab**.

Der **Ausschuss lehnt** den **Antrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 16/10792** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion **ab**.

2 **Gelingende Integration von Flüchtlingen. Ein Integrationsplan für NRW**

14

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/11228

Änderungsantrag
der PIRATEN-Fraktion
Drucksache 16/11318

Ausschussprotokoll 16/1223

In Verbindung damit

Die Landesregierung muss privates Engagement bei der Unterbringung von Flüchtlingen unterstützen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11434

Ausschussprotokoll 16/1264

Der **Ausschuss beschließt**, die Beratung zu den **Anträgen** zu verschieben, da die Absicht besteht, einen gemeinsamen Antrag zu verfassen.

- 3 Gesetz zur Änderung wasser- und wasserverbandsrechtlicher Vorschriften** 16
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/10799
- Ausschussprotokoll 16/1226
- Die Beratung wird verschoben. 16
- 4 Aufnahmesystem für Asylsuchende an Zugangssituation anpassen – Neuorganisation der Flüchtlingsaufnahme in Nordrhein-Westfalen notwendig** 17
- Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11897
- Ausschussprotokoll 16/1193
- Ralf Nettelstroth (CDU) beantragt, in der nächsten Sitzung ein Fachgespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden durchzuführen.
- 5 Gesetz zur überbrückenden Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Kindertagesbetreuung (Gesetz zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes)** 18
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11844
- Stellungnahme 16/3875
- In Verbindung mit:
- Kita-Kollaps verhindern – Landesregierung muss endlich handeln!**
- Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11896
- Der **Ausschuss beschließt**, an der **Anhörung** des federführenden Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am 23.06.2016 **pflichtig teilzunehmen**. Es besteht

Einvernehmen darüber, dass die Abstimmung in
Fraktionsstärke vorgenommen werden soll.

- 6 Kosten der Unterkunft für anerkannte Asylbewerber 20**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3980
– Aussprache.
- 7 Zwischenbilanz zum kommunalen Investitions-Förderfonds in 23**
Nordrhein-Westfalen
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3976
– Diskussion.
- 8 Verschiedenes 26**
– Terminplan 2017

* * *

5 Gesetz zur überbrückenden Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Kindertagesbetreuung (Gesetz zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11844

Stellungnahme 16/3875

In Verbindung mit:

Kita-Kollaps verhindern – Landesregierung muss endlich handeln!

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11896

Vorsitzender Stefan Kämmerling merkt an, der Kommunalausschuss sei bei dem Gesetzentwurf und dem Antrag zur Mitberatung aufgerufen. Die Federführung habe der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend, der in seiner Sitzung am 23.05.2016 entschieden habe, zu beiden Beratungsgegenständen am 23.06.2016 eine Anhörung von Sachverständigen durchzuführen. Ferner wolle der federführende Ausschuss seine Beratungen bereits am 30.06.2016 abschließen.

Mario Krüger (GRÜNE) meint, aufgrund der Zusammenhänge im kommunalen Raum mache es Sinn, dass sich der Ausschuss pflichtig an der Anhörung beteilige. Bezogen auf die Empfehlung, die der Ausschuss abzugeben habe, bitte er den Vorsitzenden, einen Terminvorschlag zu machen.

Vorsitzender Stefan Kämmerling hält fest, es bestehe Konsens, an der Anhörung pflichtig teilzunehmen.

Zur Votenabgabe: Das Votum der Mitberatung sei bis zum 30.06. erbeten. Der Kommunalausschuss tage aber erst am 01.07. Möglich wäre ein Votenabgabe im Rahmen einer Sondersitzung am 28.06., Dienstag nach den Fraktionssitzungen. An diesem Tag sei lediglich für 30 Minuten eine Raumbellegung möglich, und zwar in E3D01 von 14:00 bis 14:30 Uhr. Alternativ wäre ein weiterer Vorschlag, das mit dem federführenden Familienausschuss zusammenzumachen, der am 30.06. tage. Das wäre der Donnerstag, und die Sitzung würde um 10:00 Uhr beginnen.

Mario Krüger (GRÜNE) spricht sich für eine gemeinsame Sitzung mit dem federführenden Ausschuss aus. Da an diesem Tag sehr viele Ausschüsse tagen würden und der eine oder andere Terminprobleme habe, sollte man sich verständigen, dass der Kommunalausschuss in Fraktionsstärke abstimme. – Die anderen Fraktionen sind einverstanden.

Vorsitzender Stefan Kämmerling hält fest, am 30.06. werde der Kommunalausschuss gemeinsam mit dem Familienausschuss tagen. Was die Zusammensetzung des anderen Ausschusses angehe, so gebe es in allen Fraktionen Überschneidungen, weil verschiedene Ausschüsse zeitgleich an diesem Ersatztermin stattfänden.

Der **Ausschuss beschließt**, an der **Anhörung** des federführenden Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am 23.06.2016 **pflichtig teilzunehmen**. Es besteht Einvernehmen darüber, dass die Abstimmung in Fraktionsstärke vorgenommen werden soll.